Nummer 49

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 71. Jahrgang. Sonnabend, 30. Januar 1926

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse und viele tabellarische Übersichten. Der deutsche Beamte. Reise- und Bäder-Beilage sowie tägliche Roman-Beilage

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung

Verantwortl. Leiter: Handelsteil: W. Funk Berlin. Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich. Berlin. Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen Berlin-Friedenau. Inseratenteil: H. Ronglewsky Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H. Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

— — — — — — Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten — — — — — —

Unverlangt eingeschickte Manuskripte werden nicht berücksichtigt

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,— Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im I. Quartal 1926 für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 200 französische Francs, Belgien 175 belgische Francs, Schweiz 40 schweizerische Francs, Holland 18 holländische Gulden, Dänemark 30 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen Norwegen 40 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos Serbien 500 Dinar: für den Monat Januar 1926 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10,— Rmk., Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 100 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone“ | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Paris spricht von „Großmut“!

Wie Locarno gedeutet wird.

Paris, 29. Januar.

Der „Temps“ beschäftigt sich mit den gestern zwischen Briand und Chamberlain geführten Verhandlungen. Nach seiner Ansicht hat Frankreich sowohl in der Reparationsfrage wie auch in der Frage der Organisation der Sicherheit europäischen Geist gezeigt, aber bis jetzt warte man vergeblich, daß auf diesen Geist der Großmut deutscherseits eine Antwort erteilt werde. Deshalb sei Vorsicht geboten, wenn es sich um Fragen wie die Herabsetzung der Effektivbestände der Besatzungstruppen und die Organisation der Entwaffnungskonferenz und um die Kontrolle der deutschen Bewaffnung handle. Um eine bessere Zukunft sicherzustellen, auf die sich die Bemühungen aller Menschen guten Willens richteten, sei es nötig, daß der Geist von Locarno auch in Berlin mit der gleichen Aufrichtigkeit in Erscheinung trete wie in Paris und London.

Auch das „Journal des Débats“ mahnt zur Vorsicht und schreibt, wenn man nach den drei letzten Sitzungen des Reichstags urteile, so schienen die Vertreter des deutschen Volkes wenig gewillt, Luther und Stresemann bei ihrer relativen Aussöhnungspolitik zu folgen. Der gestrige Vertrauensbeschluß sei ein sehr zerbrechliches Fundament, um ein diplomatisches System aufzuführen, das dem Sturm trotze.

Deutschlandfeindliche Kundgebung in Rom.

Rom, 29. Januar.

Studenten der hiesigen Universität veranstalteten heute eine Kundgebung gegen die italienfeindlichen Aeußerungen in Deutschland. Der Demonstrationszug zog durch mehrere Straßen nach der Piazza Colonna, wo mehrere deutsche Zeitungen verbrannt wurden. Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

Nach einer weiteren Meldung sammelte sich auch eine große Menge Studenten und junger Burschen vor der deutschen Botschaft an und demonstrierten johlend und schreiend vor dem geschlossenen Parktor. Karabinieri und faszistische Miliz verhinderten weitere Ausschreitungen.

Durch Agenzia Stefani wird mitgeteilt, daß die Behörden Maßnahmen ergriffen haben, um neue Kundgebungen zu verhindern.

Zwei Herren des Außenministeriums erschienen heute auf der deutschen Botschaft und drückten ihr Bedauern über die deutschfeindliche Kundgebung aus.

Tumultszenen in der ungarischen Nationalversammlung.

Verschärfung der parlamentarischen Lage.

EP Budapest, 29. Januar.

Die Nationalversammlung hat heute eine stürmische Sitzung gehabt. Trotz des angenommenen Burgfriedens, der nach Einsetzung des Parlamentarischen Ausschusses in der Frankenfälschungsaffäre zwischen den Parteien stillschweigend zustande gekommen war, brachte heute die Sozialdemokratie die Frankenfälschungsangelegenheit vor das Parlament. Im Verlaufe der Verhandlungen ergriff der sozialdemokratische Abgeordnete Farkas das Wort und führte aus, daß für die Ereignisse in der Frankenfälschungsangelegenheit die Regierung und das Regierungssystem verantwortlich seien. Für alles dieses sei die Regierung und namentlich Graf Bethlen verantwortlich, der als Regierungschef von solchen amtlichen Handlungen der Regierungsorgane hätte Kenntnis haben müssen. Zum Schlusse seiner Rede forderte der Abgeordnete die Regierung auf, abzugehen.

Ministerpräsident Graf Bethlen erhob sich sofort, um auf die Ausführungen des Redners zu antworten. Es entstand dabei ein ungeheurer Tumult. Die Sozialdemokraten riefen: Abdanken! Der Ministerpräsident war minutenlang am Sprechen verhindert. Als die Ruhe einigermaßen wieder hergestellt war, erklärte Graf Bethlen, daß die Frage der Verantwortlichkeit der Regierung nicht im Laufe der auf der Tagesordnung stehenden Indemnitätsdebatte entschieden werden könne. Es wäre ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß eingesetzt worden, und die Frage der politischen Verantwortlichkeit gehöre demnach vor den Ausschuß, worauf dann das Parlament über die Verantwortlichkeit der Regierung entscheiden könne, indem es den Ausschußbericht annehme oder nicht.

Wie weiter gemeldet, hat der Vorstoß der Sozialdemokraten in der heutigen Sitzung des Parlamentes gegen die Regierung eine Verschärfung der parlamentarischen Lage zur Folge gehabt. Man befürchtet, daß die Arbeiten der Untersuchungskommission durch die veränderte Taktik der radikalen Opposition gefährdet werden könnten. Auch in Kreisen der Einheit, d. h. der Regierungsparteien, herrscht Kampfstimmung.

Die französische Finanzkrise dauert fort.

Noch kein Abschluß der Generaldebatte.

Beschlußunfähigkeit der Kammer.

Paris, 29. Januar.

Die Kammer hat heute vormittag das provisorische Budgetzwölftel für den Februar bewilligt. Der von der Regierung angeforderte Betrag belief sich auf 2 608 879 000 Francs. Der 41-Millionen-Kredit, der für die Einberufung der Reservisten bestimmt war, wurde auf sozialistisches Verlangen hin von dem Budget abgetrennt und wird den Gegenstand einer neuen besonderen Vorlage bilden. Von seiten der Rechten wird die Abtrennung als eine

unverkennbare Schlappe des Kriegsministers Painlevé

bezeichnet, der, wie ein Abgeordneter der Rechten hervorhob, sich schon zum vierten Male den Sozialisten beugen mußte. Painlevé hat die kategorische Erklärung abgegeben, daß die Vorlage über den 41-Millionen-Kredit heute abend oder morgen eingebracht werden würde, und daß die Abstimmung hierüber in der ersten Februarhälfte stattfinden müsse. — Die Absicht der Linksparteien geht dahin keine Reservistenübungen vornehmen zu lassen, bevor der Gesetzentwurf über die Heeresreform dem Parlament in vollem Umfang vorliegt. Auf Anfrage erklärte im Laufe der Aussprache Kriegsminister Painlevé, in Syrien handle es sich jetzt nicht mehr um Kriegsoperationen, sondern darum, die fortgesetzten Raubzüge und die Versuche, die Bahnverbindungen zu unterbrechen, zu verhindern. Der Kriegsminister versprach dafür Sorge zu tragen, daß die jungen Jahrgänge die in Marokko kämpfen, regelmäßig Heimaturlaub erhalten. Im weiteren Verlauf der Diskussion unternahm ein rechtsstehender Abgeordneter einen Vorstoß gegen die Fremdensteuer, die nach seiner Ansicht wirkungslos ist, weil die französische Regierung auf Grund internationaler Abkommen gehalten ist, die in Frankreich lebenden Fremden nicht zu besteuern.

In der Nachmittagssitzung beendete im weiteren Verlaufe der

Generaldiskussion über die Steuergesetze

der sozialistische Abgeordnete Vincent Auriol seine Rede, indem er für die außerordentliche Abgabe von Kapital eintrat und außerdem eine Verallgemeinerung des Scheckverkehrs als Hilfsmittel gegen die Inflation empfahl. Man sei so weit gekommen, daß entschlossenes Handeln notwendig sei, aber man müsse sich davor hüten, von dem Sparkapital zu viel zu verlangen. Aeußerste Sparsamkeit in den öffentlichen Ausgaben sei am Platze.

Nach dem Abgeordneten Vincent Auriol ergriff Finanzminister Doumer das Wort, um auf die Ausführungen des Vorredners zu erwidern. Er wolle nur von der finanziellen und wirtschaftlichen Lage sprechen. Wenn der Export den Import übersteige, dürfe man sich trotzdem keinen Illusionen hingeben, denn

es sei kein Grund für Optimismus vorhanden.

Die öffentliche Schuld Frankreichs steige fortwährend. Unangenehm sei, daß sie zum Teil aus sehr kurzfristigen Schatzbonds bestehe. Jetzt müsse man dem Lande die Wahrheit sagen. 1920 und 1924 habe man nicht den erforderlichen Mut zu radikalen Handlungen aufgebracht; jetzt müsse man die Folgen tragen. Man befindet sich nicht mehr in der Lage, eine Steuerreform durchzuführen. Auch könne man jetzt die Ungerechtigkeiten der indirekten Steuern nicht beseitigen, da man eben früher die progressive direkte Steuer nicht eingeführt habe. Jetzt sei man gezwungen, nach Quellen mit sofort greifbarem Ertrage zu suchen. Im vergangenen Jahre habe man 17 Milliarden Inflation bewilligt. Das gehe nicht so weiter, da

der Franc jetzt nur 19½ Centimes wert

sei. Wenn man die öffentliche Schuld nicht amortisiere, dann sei überhaupt nichts zu machen. Man dürfe sich nicht auf das Ausland verlassen, sondern nur auf sich selbst. Später werde er den Versuch machen, durch eine Neuregelung der Einkommensteuer einen Mehrertrag von 3 Milliarden Francs zu erzielen. Bei der Besteuerung der Börsenoperationen müsse es bleiben. Doch werde man die Börse von Paris und ihre Wünsche berücksichtigen. Was das Tabakmonopol anbetrifft, müsse man bedenken, daß 1914 die Ausbeutungskosten nur 20% vom Ertrag des Verkaufes betragen haben. Die Tabakpreise müßten erhöht werden. Der Finanzminister besprach sodann die von ihm vorgeschlagene erhöhte Umsatzsteuer. Diese sei vom Kabinett ernstlich geprüft und vorgeschlagen worden, damit sofort Einnahmen geschafft werden, um die Schließung der Kassen oder aber eine neue Inflation zu vermeiden.

Es kam dann zu einer lebhaften Aussprache über den Artikel, durch den die erst am 4. Dezember 1925 angenommene zwanzigprozentige Immobilienbesitzwechselsteuer für in Frankreich ansässige Ausländer aufgehoben werden soll. Finanzminister Doumer begründete, unterstützt vom Generalberichterstatter Lamoureux, diese Aufhebung damit, daß Frankreich durch Verträge mit verschiedenen Ländern gebunden sei. Auf Grund deren zum Beispiel Angehörigen der ehemals feindlichen Staaten, wie Oesterreich, nicht unter die Steuer fielen, während die Angehörigen alliierten Länder, wie Belgien und Italien, bezahlen müßten. Ferner setzte man sich bei Aufrechterhaltung der Steuer den Repressalien der davon betroffenen Länder aus. Da sich bei der Abstimmung über diesen Artikel die **Beschlußunfähigkeit des Hauses** herausstellte, mußte die weitere Diskussion auf morgen vormittag verschoben werden.

Ein neues Steuerprojekt Doumers.

Paris, 29. Januar.

Wie Havas berichtet, hat Finanzminister Doumer heute angekündigt, daß er die Absicht habe, die von ihm vorgeschlagene Umsatzsteuer durch eine Produktionssteuer zu ersetzen. Ein diesbezüglicher Gesetzentwurf ist in Ausarbeitung begriffen.

— **Eine Kompromißlösung zur Fürstenabfindung** soll, nach einer Mitteilung aus parlamentarischen Kreisen, in einer gestrigen interfraktionellen Sitzung gefunden worden sein und am Dienstag dem Rechtsausschuß des Reichstags vorliegen. Diese Mitteilung eines demokratischen Blattes hat jedoch — nach Erkundigungen bei Redaktionsschluß — noch keine Bestätigung erfahren.

Neue Steuervorschläge des Finanzministers?

Das Arbeitsprogramm des Reichstages

wurde gestern im Aeltestenrat festgesetzt. Der Mittwoch nächster Woche war für die Einbringung des Etats für 1926 durch den Finanzminister Dr. Reinhold vorgesehen. Da aber der Finanzminister den Wunsch hat, seine Ausführungen über den Etat ausführlich zu gestalten und evtl. zugleich neue Steuervorschläge zu machen, so verschob der Aeltestenrat die Etatsberatung auf Mittwoch, den 10. Februar. Dafür soll am nächsten Mittwoch, 3. Februar, die zweite und dritte Lesung der Novelle über die Militärgerichtsbarkeit und am Donnerstag das Sperrgesetz zur Frage der Fürstenabfindung beraten werden.

Der Auswärtige Ausschuß

war zu Sonnabend einberufen, wobei Reichsaußenminister Dr. Stresemann die von ihm in seiner Donnerstagsrede angekündigten näheren Mitteilungen über die Rückwirkungen von Locarno machen wollte. Diese Sitzung ist auf Mittwoch, den 3. Februar, vormittags 10 Uhr, verschoben worden.

Zur Verfassungsreform.

Von

Prof. Gerland.

Das in weitesten Kreisen der Bevölkerung vorhandene Gefühl tiefgehenden Unbehagens mit den gegenwärtigen staatsrechtlichen Verhältnissen macht sich immer mehr Luft in Vorschlägen, wie den gegenwärtigen Uebelständen abzuhelfen sei. All das, was man anrät, mag es sich um legale oder illegale Diktatur, um so oder so geartete Abänderung der Weimarer Verfassung handeln, beruht letzten Endes auf der Erkenntnis, daß der Uebel tiefster Grund die bestehende Parteidiktatur sei, und daß daher die Ueberwindung der Parteiherrschaft oder, wie man auch sagt, der Parteimißwirtschaft das anzustrebende Ziel sei. Wenn nun an dieser Stelle nach einer interessanten Auseinandersetzung des Pro und Contra einer Diktatur die Frage der Verfassungsänderung in dankenswerter Weise zur unbefangenen, rein objektiven und parteimäßig ungebundenen Diskussion gestellt ist, so schien es mir doch notwendig, auf den inneren Zusammenhang beider Fragestellungen hinzuweisen. Denn es dürfte immerhin problematisch sein, ob die Parteiherrschaft durch die Parteien selbst überwunden wird, es sei denn, man rechnete mit einer solchen Bewegung im Volk, die die Entstehung einer großen deutschen Reform- und Verfassungspartei möglich erscheinen ließe, eine Hoffnung, die aber doch wohl an der Schwierigkeit des Parteiapparates scheitern dürfte.

Wenden wir uns nunmehr aber den Fragen der Verfassungsreform zu, so scheint mir, was deren Notwendigkeit anlangt, das Ob? überhaupt nicht mehr fraglich und daher nur noch das Wie? problematisch zu sein. So wie die Dinge liegen, können sie auf die Dauer nicht weitergehen. Ich erinnere mich eines Gespräches, das ich bei einer unserer ersten Regierungskrisen mit dem verstorbenen Friedberg geführt habe. Die Krise hatte einige Tage gedauert und Friedberg meinte, wenn nun nicht bald Schluß gemacht werde, dann würde er sich über eine neue Revolution gar nicht wundern. Unterdessen sind wir Leid gewohnt geworden. Die letzte Krise hat monatelang gedauert. Kein Mensch hat sich weiter darüber aufgeregt, daß ein ganz unvollständiges Ministerium Verträge weittragendster Art abgeschlossen hat, ein Zustand, der mit der Weimarer Verfassung jedenfalls materiell unvereinbar ist. Dabei ist zu beachten, daß die Krisen deutlich die Tendenz erkennen ließen, immer zeitraubender zu werden. Und auch die Lösung, die die jetzige Krisis gefunden hat, ist doch eigentlich keine Lösung von innen heraus, da der unbefriedigende Zustand nicht auf die Dauer haltbarer Verhältnisse fortbesteht, mithin mit und in ihm die eigentliche Krisis. Daß eine solche Situation auf die Dauer nicht ertragen werden kann, wenn wirklich der außen- und innenpolitische Wiederaufbau zielbewußt durchgeführt werden soll, ist so einleuchtend, daß darüber, wie gesagt, kein Wort mehr verloren zu werden braucht.

Steht mithin einzig das Wie? in Frage, so hat es etwas sehr Ueberzeugendes, wenn man, wie Nelken es an dieser Stelle vorgeschlagen hat, den Hebel beim Reichspräsidenten einsetzen will und, indem man seine Machtposition stärkt, die des Parlamentes und damit die der Parteien schwächt. Für diese Auffassung spricht, daß mit dem amerikanischen System, wie man es vorschlägt, eine Regierungsbildung ohne weiteres durchgeführt werden kann, daß ferner der Gedanke der Reichseinheit durch Verstärkung der Machtposition des Reichspräsidenten mit gestärkt würde, was an sich erfreulich wäre, da letzten Endes nur in der Einheit Kraft liegt. Aber — und auch das Aber erscheint mir dringend erwähnenswert — in Amerika

Neueinführung!

Sortiment

„Graf Lutterberg“

No 5	Kisten mit 50 St. ...	St.	15 Pf.
No. 6	„ „ 50 „ ...	„	20 „
No. 7	„ „ 50 „ ...	„	25 „
No. 8	„ „ 50 „ ...	„	30 „

Sehr preiswert und hervorragend gute Qualitäten.

Von 20 Mark an portofreie Zusendung innerhalb Deutschlands. — Proben werden zum Millepreis berechnet abgegeben.

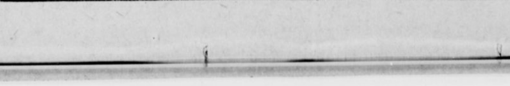
Carl Gust. Gerold

Berlin W 8, Unter den Linden 24

Fernsprecher: Zentrum 133, 5538 / Postscheckkonto: Berlin Nr. 1873

Filialen: Berlin-Friedenau, Rheinstraße 8, Fernsprecher: Rheingau 1866, Frankfurt/Oder, Wilhelmplatz 25, Fernsprecher: 1796.

Nr. 4 Gerolda, die anerkannt preiswerte, milde **15-Pf.-Zigarre**



Kisten mit 100 Stück (Urgröße)

Havana-Importen

direkte Einfuhr aus Havana
Grosse Auswahl
Preislagen von Mk. 0,70 an

Vorrätig sind z. Zt.:
Bock y Ca, Corona, Crepusculo, Cabañas, Don Quijote, Cuba, Henry Clay, J. S. Murias, Fernandez Garcia, Yncian, Fonseca, Hoyo de Monterrey, Partagas y Ca, Punch, Romeo y Julieta, Santa Damiana, Upmann u. a. m.

Preislisten über deutsche Zigarren und Havana-Importen kostenlos.

Gerolds Corona-Sortiment

zeichnet sich durch hervorragende Güte, milde Qualitäten und Preiswürdigkeit aus.

Nr. 142	Gerolds Corona	Kist. m. 50 St.,	St. 12 Pf.
Nr. 4	Gerolda (Abbild.)	„ „ 100 „	„ 15 Pf.
Nr. 479	Reichstern	„ „ 50 „	„ 18 Pf.
Nr. 144	Gerolds Corona	„ „ 50 „	„ 20 Pf.
Nr. 445	Gerolds Corona	„ „ 50 „	„ 30 Pf.

Für Pfeifenraucher empfehle die bewährten

Beluga-Tabake,

Madras 250 Gr. . . . Mk. 1.00
Varinas 250 Gr. . . Mk. 1.25
Shag 100 Gr. . . . . Mk. 0,60